

Editorial der Gastherausgeber

Dialektik des Liberalismus: Zwischen globalem Versprechen und Verfehlungen

*Michael Reder, Karsten Fischer, Dominik Finkelde**

Der Liberalismus steht vor einer grundlegenden Spannung. Einerseits wurden in den vergangenen vier Jahrhunderten angefangen von John Locke und Immanuel Kant über Adam Smith und Friedrich Hayek bis hin zu John Rawls viele philosophische wie politikwissenschaftliche Theorien entwickelt, die den Liberalismus (bei aller Unterschiedlichkeit der jeweiligen Ansätze) zu einem der wichtigsten Paradigmen der politischen Theorie der Gegenwart haben werden lassen. Seine Bedeutung zeigt sich dabei nicht nur in der Theorie, sondern auch in der politischen Praxis. Denn seit der Neuzeit wurden liberale Grundüberzeugungen mehr und mehr in politische Ordnungsvorstellungen übertragen, besonders intensiv in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Außerdem wurden auch nach dem Ende des kalten Krieges liberale Ideen beziehungsweise das politische Konzept des Liberalismus als Ganzes immer mehr aus dem nationalstaatlichen Kontext auf die globale Ebene transformiert. Die Debatten über liberales *Statebuilding* angesichts globaler Konfliktherde, über Menschenrechte als Orientierungsrahmen für Weltpolitik oder die Zuordnung von Religion und Politik auf globaler Ebene anhand liberaler Unterscheidungen sind drei Beispiele, die die weltpolitische Bedeutung des Liberalismus in den vergangenen Jahrzehnten belegen.

Der vermeintlichen Erfolgsgeschichte steht heute jedoch eine andere Perspektive gegenüber. Denn gerade in globaler Perspektive zeigt sich eine grundlegende Dialektik des Liberalismus. Während in vielen (politischen) Feldern die Versprechen des Liberalismus – Freiheit, Pluralismus und Demokratie – konstruktive Impulse für die Weltgesellschaft liefern können, zeigen sich global betrachtet gleichzeitig grundlegende Ambivalenzen und teils auch Widersprüche des Liberalismus (vgl. Böttger 2014; Sørensen 2011). Beispielsweise, wenn liberale Unterscheidungen absolut gesetzt werden, und so der Liberalismus selbst dem Versprechen nach Freiheit zu widersprechen droht. Die gegenwärtige weltpolitische Lage weist vielfältige Entwicklungen auf, die sich als eine Gegenbewegung zu liberalen Grundannahmen verstehen lassen – angefangen von religiös motivierten Gewalt-

* Michael Reder, Hochschule für Philosophie München
Kontakt: michael.reder@hfph.de
Karsten Fischer, Ludwig-Maximilians-Universität München
Kontakt: karsten.fischer@gsi.uni-muenchen.de
Dominik Finkelde, Hochschule für Philosophie München
Kontakt: dominik.finkelde@hfph.de

akteuren bis hin zu neuen populistisch argumentierenden Nationalismen – gerade in den liberalen Demokratien des Westens –, die Freiheit eher einschränken als global stärken wollen. Die Zunahme autoritärer Herrschaftsregime weltweit in den vergangenen Jahren ist ein weiterer Hinweis darauf, dass der Liberalismus als politisches Leitparadigma mehr und mehr kritisch angefragt wird. Und auch in akademischen Debatten werden in ganz unterschiedlichen Spielarten kritische Einsprüche gegenüber dem Liberalismus formuliert (vgl. Jahn 2013; Höntzsch 2020). Steckt der Liberalismus also gerade in der Phase seiner globalen Ausdehnung in einer grundlegenden Krise?

Das vorliegende Themenheft will sich vor diesem Hintergrund mit den Versprechen und Verfehlungen des Liberalismus als globalem Leitparadigma auseinandersetzen. Leitende Annahme dabei ist, dass der Liberalismus mit Blick auf die gegenwärtige globale Situation zugleich vorherrschendes Paradigma ist als auch in einer Krise zu stecken scheint (vgl. Fischer/Huhnholz 2019). Diese Dialektik des Liberalismus in den Blick zu nehmen, seine Potenziale, aber auch widersprüchlichen Implikationen zu reflektieren und mit Blick auf exemplarische Themenfelder zu diskutieren – das ist das Ziel dieses Themenheftes. Dabei sollen Stärken und Schwächen des Liberalismus gleichermaßen thematisiert werden, auch um nach Zukunftsperspektiven für eine möglichen Weiterentwicklung des Liberalismus zu fragen. Denn der Liberalismus erscheint nicht als ein abgeschlossenes System, sondern vielmehr als ein Leitbild, das gerade angesichts globaler Dynamiken offen für Neuformulierungen ist.¹

1. Grundannahmen liberaler Theorie und Praxis und ihre Ambivalenzen

Wenn Maurice Cranston einen Liberalen als jemanden definiert, der an Freiheit glaubt (vgl. Cranston 1967: 459), scheint diese Definition zunächst trivial zu sein. Sie verweist auf die große Bedeutung der Freiheit in der liberalen Theorie wie Praxis, die teilweise den Charakter eines Glaubenssatzes annimmt. Klassische liberale Theorien unterscheiden vor diesem Hintergrund zwei Arten von Freiheit, und zwar positive und negative Freiheit (Berlin 1969: 118–172; Lamore 2004). Je nachdem, welche Seite von Freiheit betont wird, folgen daraus unterschiedliche Konzeptualisierung des Politischen im Allgemeinen und des Staates im Besonderen (vgl. Hayek 1960).

Die aktuelle politische Theoretisierung des Liberalismus nimmt seit den 1970er Jahren meist ihren Ausgangspunkt bei John Rawls (1999). Freiheit wird in dieser Tradition als zentrale normative Grundlage des Zusammenlebens interpretiert, die diejenigen zur Begründung und Legitimation zwingt, die sie einschränken wollen (vgl. Gaus 1996: 162–166). Oftmals wird hierzu entweder Gleichheit oder Sicherheit herangezogen, woraus sich ein Spannungsverhältnis zur Freiheit eröffnet. Dabei ist allerdings umstritten, wie weit Gleichheit oder Sicherheit Freiheit überhaupt einschränken können.

¹ Wir danken Lukas Köhler MdB, der als früherer Geschäftsführer des Zentrums für Umweltethik und Umweltbildung an der Hochschule für Philosophie das Thema des Themenheftes mit entwickelt und Impulse für dieses Editorial geliefert hat. Wir danken zudem der Friedrich-Naumann-Stiftung, die einen Workshop zu gleichnamigen Thema 2018 in München finanziert hat, der Ausgangspunkt für dieses Themenheft gewesen ist.

Eine weitere wichtige Grundlage des Liberalismus bildet seither das Primat des Individuums (vgl. Mill 1963). Das Individuum ist argumentationslogisch zentraler Bezugspunkt vieler moralischer und politischer Überlegungen liberaler Theorien. Dieser methodische Individualismus des Liberalismus wurde in den vergangenen Jahrzehnten allerdings auch vielfach kritisiert, vor allem wenn ein stark betonter liberaler Individualismus in einem entpolitisierten Sinne einfach hingenommen wird, ohne nach seiner politischen Gestaltbarkeit zu fragen. Radikale Demokratietheorien argumentieren genau für eine solche politische Gestaltbarkeit (vgl. Crouch 2015; Mouffe 2015). Sie argumentieren in diesem Zusammenhang, dass das Politische nicht als Ansammlung von (scheinbar entpolitisierten) Individuen verstanden werden sollte, sondern vielmehr als kollektive Auseinandersetzung um die hegemoniale Stabilisierung von Diskursen. Aus dieser Perspektive ist das Individuum immer eingebunden in kollektive Diskursbewegungen.

Diese Kritik arbeitet jedoch mit einer starken Vereinfachung liberaler Theoriebildung. Denn die argumentationslogische Deutung des Individuums und seine Einbettung in soziale Kontexte wird in liberalen Theorien unterschiedlich gedeutet. Viele liberale Theorien bleiben zwar dem methodischen Individualismus treu, die konkrete Vermessung des sozialen Raumes fällt jedoch unterschiedlich aus. Dabei spielt die Unterscheidung zwischen Libertären (Nozick 1974) und Sozialliberalen (Rawls 1999) eine wichtige Rolle. Während libertäre Theorien von einem stark isolierten Individuum ausgehen, betonen sozialliberale Theorien dessen soziale Einbettung und Bedingtheit deutlich stärker.

Ein Beispiel hierfür ist der *Capability Approach* von Amartya Sen (1999) und Martha Nussbaum (2011), der sich innerhalb des zweiten Theorietyps für eine Neufassung der Rawls'schen Grundfrage nach einer gerechten institutionellen Verteilung von Gütern einsetzt. Dieser Ansatz interpretiert die Ermöglichung von Chancen als zentrale Aufgabe von liberalen Verteilungsprozessen. Chancen können dabei im Sinne des Liberalismus als eine Steigerung der positiven Freiheit verstanden werden, womit die Bedeutung des Individuums innerhalb der Argumentation deutlich geringer veranschlagt wird als in libertären Konzeptionen.

Normativ wie politisch ist ein weiteres zentrales Merkmal des Liberalismus der Pluralismus von Meinungen und Werten. Auf der Ebene des Individuums spricht sich der Liberalismus nicht für eine bestimmte ethische Theorie des guten Lebens aus, sondern lässt vielmehr Spielraum für unterschiedliche, weltanschaulich geprägte Überzeugungen. Diese Pluralität gilt dabei in liberalen Theorien als unhintergebarer Wert. In der gegenwärtigen Debatte über die postsäkulare Gesellschaft und den politischen Ort von Religion wird beispielsweise eingewendet, dass genau diese Annahme jedoch eine (weltanschaulich imprägnierte) materiale Theorie darstellt, und somit der Liberalismus zumindest widersprüchlich zu werden droht (vgl. Habermas 2005; Reder 2014).

Der Wert des Pluralismus spiegelt sich auch in der mit dem Liberalismus oftmals eng verbundenen politischen Ordnungsform der Demokratie wider. Die Demokratie als politische Herrschaftsform lässt ein größtmögliches Maß an Freiheiten zu. In einem demokratisch-liberalen Kontext werden dabei auch – je nach Demokratiemodell – die sozialen Implikationen dieses Freiheitsgeschehens mit bedacht (vgl. Merkel 2016). Zum Schutz politischer Freiheiten baut sie in der westlichen Hemisphäre auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit auf. Dem Prinzip der Demokratie vorgeordnet ist dabei in liberaler Perspektive meist ein starkes Rechtsprinzip. Inhaltlich betrachtet spielen dabei neben den Grund- beziehungsweise Menschenrechten als Rahmen zur Sicherung und Realisierung von Freiheit zumeist Eigentumsrechte eine zentrale Rolle in liberalen Theorien (vgl. Loick 2016).

Diese enge Verknüpfung von Demokratie und Liberalismus wird heute immer wieder in Frage gestellt. Dabei zielt die Kritik unter anderem auf das Verständnis öffentlicher Vernunft ab, das liberalen Demokratiemodellen meist inhärent ist (vgl. Reder 2018). Liberale betonen, dass dem Liberalismus ein Verständnis von Rationalität zugrunde liege, welches sich aus der Aufklärung und hier insbesondere der kantischen Tradition speise (vgl. Gaus 2011). Dabei erweist sich die Kapazität des Individuums als zentral, unterschiedliche Ansprüche und Argumente rational abzuwägen und auf dieser Basis vernünftige Grundsätze politischen Handelns zu begründen. Der Rationalismus ist deshalb oft Grundlage des Legitimationsverständnisses liberaler Ansätze (vgl. Rawls 1999). Die radikale Demokratietheorie wiederum kritisiert den damit verbundenen Vorrang konsensualer Rationalität. Stattdessen misst sie dem leidenschaftlichen Streit als politische Figur eine zentrale Bedeutung zu, sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene (vgl. Laclau/Mouffe 2012; Mouffe 2015; Rancière 2002).

Eine letzte wichtige Verhältnisbestimmung ist die zwischen politischem Liberalismus und liberal geprägtem, kapitalistischem Wirtschaftssystem. Von unterschiedlicher (zum Beispiel postmarxistischer Seite aus) wird gegenwärtig problematisiert, inwiefern beide in einem Meta-Narrativ in einem konstruktiven wie gleichzeitig verhängnisvollen Zusammenhang stehen. Die kritischen Einsprüche von Alain Badiou und Slavoj Žižek (vgl. Žižek/Douzinas/Badiou 2012–2015) stehen stellvertretend dafür. Diesen kritischen Einwänden zufolge verbergen die liberalen Werte in den modernen, promiskuitiven Gesellschaften eine letztlich antiliberalen Haltung gegenüber den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft (vgl. Agamben 2004). Mit anderen Worten: Gerade die liberalen Gesellschaften des Westens, welche die Pluralität der persönlichen Lebensführung betonen, sind gegenüber den kapitalistischen Grundbedingungen der bürgerlichen Gesellschaften extrem unnachgiebig. Vorschriften zum Adoptionsrecht, zur Gestaltung von Partnerschaften bis hin zur Euthanasie werden vor dieser Deutungsfolie momentan liberaler behandelt als Fragen des Mindestlohns oder der gesundheitlichen Grundversorgung (man denke an die Debatte um Obamacare in den USA), weil gerade die zuletzt genannten Themen den freien Investitionsfluss von Kapital für die Alimentierung der liberalen Ökonomien beeinflussen.

Die Pluralität von Lebensinhalten steht dann zum Teil im Gegensatz zu der rigiden Formalbedingung, der eigentlichen Matrix der Gesellschaft: die Verteilung von Kapital und Eigentum und das Angebot von Arbeitskraft zu Dumpingpreisen auf dem freien Markt. So feiert die moderne, westliche Gesellschaft sich permanent als Lebensraum, der von ideologischen und anti-liberalen Feinden umgeben ist, während der eigentliche Gestaltungsraum von wirklich politisch-ökonomischen Alternativen in denselben Ländern immer rigider eingeengt wird. Der Liberalismus droht damit selbst ideologisch zu werden. Alain Badiou (2010) wirft im Kontext seiner Verteidigung der Idee des Kommunismus daher auch einer poststrukturalistischen Philosophie vor, dass gerade sie einen politischen Kampf mit klar artikulierten Universalien (zum Beispiel den Idealen des Kommunismus) aufgrund einer Verherrlichung politischer Differenz gar nicht mehr kämpfen kann (vgl. Finkelde 2017). Eine bestimmte Philosophie ist selbst zu liberal geworden und arbeitet dem politisch-kapitalistischen Liberalismus in die Arme. Liberalismus steht dann bei den Vertreter*innen eines dialektischen Materialismus für eine neue Form politischer Lähmung, die als solche nicht erkannt wird, da der freie Markt ja angeblich freie und nicht-ideologische Lebensformen propagiert.

Eine andere, ebenfalls kapitalismuskritische Perspektive, die allerdings selbst auf dem Boden liberaler Theorie steht, fragt kritisch an, ob letztlich nicht die Betonung eines öko-

nomischen gegenüber einem politischen Liberalismus zu den skizzierten dialektischen Spannungen liberaler Theorie wie Politik führe (vgl. Özmen 2016). Denn wenn die Freiheit des Marktes zu stark betont wird, ohne die sozialen Auswirkungen dieser Freiheiten angemessen zu thematisieren, und gleichzeitig diese ökonomischen Freiheiten den politischen Grundfreiheiten vorgeordnet werden, steht der Liberalismus abermals in der Gefahr selbstwidersprüchlich zu werden. Genau dies war für Rawls das Argument für eine Verschränkung beider Dimensionen von Freiheit in der Theorie der Gerechtigkeit (vgl. Rawls 1999). Diese Beachtung sozialer Folgen von liberalen Freiheitsimperativen bildet auch in aktuellen Kritiken des Liberalismus einen Dreh- und Angelpunkt. Es geht dann um eine politische Gestaltung der Ökonomie (und gegebenenfalls eine Begrenzung ökonomischer Freiheiten) um des Liberalismus willen. „Für einen um eine soziale Dimension der Freiheit erweiterten politischen Liberalismus ist das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht im selben Maße sakrosankt wie für den individualistischen Liberalismus, es ist vielmehr selbst Gegenstand demokratischer Aushandlung und steht folglich unter dem Vorbehalt sozialer Freiheit“ (Höntzsch 2020: 275). Auch hier wird für eine Politisierung des Liberalismus argumentiert, um eine Antwort auf seine dialektischen Spannungen zu finden.

2. Die Dialektik des Liberalismus in globaler Perspektive

Die skizzierten dialektischen Spannungen des Liberalismus zeigen sich heute vor allem auch in einem globalen Kontext (vgl. Jahn 2013). Denn die vor allem nach dem Ende des kalten Krieges vollzogene globale Verschränkung von Liberalismus, Kapitalismus und Demokratie fällt heute angesichts der skizzierten globalen Krisenphänomene mehr und mehr auseinander. Populisten wie Nationalisten stellen liberale Grundüberzeugungen und Ordnungsvorstellungen vermehrt in Frage. Gleichzeitig fehlt auf globaler Ebene ein Ordnungsrahmen, der Freiheit in einem überzeugenden Sinne sichern oder fördern könnte. Auch kapitalistische Dynamiken, die wie gesehen mit dem Liberalismus eng verbunden sind, rufen auf globaler Ebene viele problematische Konsequenzen hervor, an denen sich die Weltgemeinschaft seit Jahren politisch abarbeitet. Daraus resultieren vielfältige Konflikte und vermutlich auch nicht zuletzt jenes anti-liberale Verhalten, das gerade in den vergangenen Jahren auf der weltpolitischen Bühne deutlich zu Tage trat.

Aus historischer Sicht entwickelte Kant mit seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* (1797) eine der ersten (und sicherlich prominentesten) Ideen einer möglichen liberalen Weltordnung der Moderne. Er bezieht sich dabei auf die Vorzüge, die in seinen Augen Individualismus (Autonomie) und Demokratie (er nennt es Republik) im Zusammenwirken als Ordnungskraft entwickeln können – auch auf weltpolitischer Ebene. Dabei soll aber eben kein Weltstaat geschaffen werden, sondern ein Surrogat, das auf einen internationalen Ausgleich der Interessen hinwirkt. Ein Staatenbund, so Kant, kann zum Weltfrieden Wesentliches beitragen. Aus liberaler Perspektive wird in dieser kantischen Tradition heute dann das wechselseitige Bedingungsverhältnis von Demokratie und Frieden betont (vgl. Russett/Oneal 2001).

Kritisch eingewendet werden kann jedoch, ob erstens, wie Autor*innen in der kantischen Tradition argumentieren, Demokratien wirklich grundsätzlich friedfertiger sind. Zweitens bleibt zu hinterfragen, ob sich daraus beispielsweise eine liberale Interventionspolitik, die auf Demokratisierung abzielt, begründen und legitimieren lässt, wie das in den letzten Jahren oftmals getan wurde (vgl. Geis et al. 2013). Die Erfahrungen in Afghanis-

tan oder im Irak zeigen, wie ambivalent und widersprüchlich liberal orientierte Interventionspolitik sein kann. „Gerade, weil diese Art von liberalen Ansätzen in ihren universalisierenden Tendenzen oftmals blind für lokales Wissen, Geschichte und Kultur und damit insbesondere für die Bearbeitung von Identitätskonflikten ungeeignet ist, plädieren immer mehr Friedensforscher und -forscherinnen für einen bottom-up Ansatz unter dem Schlagwort des sog. local turn“ (Pfeifer/Reder 2016: 657).

Ungeachtet dieser empirischen Einwände hat der Rekurs auf die kantische Tradition liberalen Denkens gerade in globaler Hinsicht jedoch eines gezeigt: den Glauben daran, dass Frieden durch Recht geschaffen werden kann (vgl. Lutz-Bachmann/Bohman 1996). Ob damit allerdings ein rechtlicher Rahmen für die Förderung der Pluralität von Lebensräumen und politischen Formationen in globaler Perspektive effektiv aufgebaut werden kann, muss diskutiert werden. Denn das liberale Recht ist auch auf globaler Ebene, bei allen Potenzialen, die ihm innewohnen, oftmals ein konservatives Instrument.

Die Menschenrechte drücken in besonderer Weise den liberalen Glauben an die politische Macht des Rechts aus und zeigen gleichzeitig seine Ambivalenz (vgl. Beitz 1997; Lohmann 1998). Sie haben sich in ihren verschiedenen Generationen in unterschiedlichsten weltpolitischen Feldern als Ausdruck des Liberalismus etabliert. Aufgrund ihres Fokus auf der Würde aller Menschen bieten sie einerseits einen Rahmen, der nicht abhängig ist von einem Staat, der das Gewaltmonopol innehat. Sie sind heute oft die einzige normgebende Kraft, auf die der Liberalismus als globales Leitbild bauen kann. Dabei bieten sie einen Analyserahmen, der eine Schwellenwertkonzeption liberaler Ordnungspolitik begründet. Aufgrund dieser Rahmenbedingung nehmen sie gerade für die Ausgestaltung internationaler liberaler Politik einen hohen Wert ein. Andererseits haben Ansätze, zum Beispiel postkoloniale Studien (vgl. Dhawan 2014), darauf aufmerksam gemacht, dass Menschenrechte als liberales Instrument ideologische Züge implizieren, wenn sie eine kulturelle Deutung des Menschen als politisches Wesen absolut setzen und als (westliches) Machtinstrument eingesetzt werden. Die Debatte über die kulturelle Abhängigkeit der Menschenrechte ist Teil dieser Kritik. Der aporetische Zug der Menschenrechte ist deshalb immer mitzubedenken. Sie sind Ausdruck einer liberalen Hegemonie und stehen in der Gefahr, die eigenen blinden Flecken nicht mehr zu erkennen.

Ein grundlegendes Problem, auch im Kontext der Menschenrechte, führt zurück zu Kant: Die Lücke, die durch das Fehlen einer staatsanlogenen politischen Herrschaftsstruktur auf globaler Ebene entsteht, lässt manche liberalen politischen Theoretiker*innen und Philosoph*innen in den vergangenen Jahrzehnten dafür plädieren, eben jene normativ-politischen Figuren des Staates auf die globale Ebene zu übertragen. Manche argumentieren dabei für einen Liberalismus ohne Grenzen (vgl. Lomasky 2007), andere bauen eine liberale internationale Theorie gerade auf dem durch Grenzen definierten Nationalstaat. Otfried Höffe, beispielsweise, verbindet in der zweiten Perspektive nicht nur Individualismus und Demokratie, sondern auch Recht und Gerechtigkeit als Teil einer Weltrepublik. Dabei nutzt er die Vertragstheorie als Begründungsnarrativ und plädiert (im Gegensatz zu Kant) für eine Weltrepublik mit einem starken Föderalismus (vgl. Höffe 1999). Die noch weitreichendere Form wäre dann ein Weltstaat (vgl. Horn 1996); dieser wird jedoch sehr grundlegend kritisiert (vgl. Nili 2015).

Ein anderer Strang liberaler Theoriebildung schließt sich dieser Kritik an der Idee eines irgendwie gearteten Weltstaates an und rekurriert demgegenüber auf die Theorie des politischen Realismus. Mit Rekurs auf diesen wird argumentiert, dass Staaten als Eigeninteresse maximierende Institutionen interpretiert werden können. Frieden wird nicht durch

einen Staatenbund oder Weltstaat, sondern durch das freie Spiel der Machtgleichgewichte erreicht, so das Argument (vgl. Bisley 2012). Diskutiert wird in diesem Zusammenhang, ob der Liberalismus eine solche Maximierung des Eigeninteresses als anthropologische Grundkonstante ansehen muss und ob diese Annahme auf internationale Beziehungen übertragen werden kann. Ob das freie (Macht-)Spiel der Nationalstaaten aber zu einer liberalen Welt führen wird oder sich darin nicht eine weitere Dialektik des Liberalismus widerspiegelt, muss ebenfalls kritisch gefragt werden.

Die skizzierten Ambivalenzen einer globalen Ausweitung des Liberalismus und die verschiedenen Antwortoptionen auf diese lassen sich mit Blick auf ein konkretes globales Problem noch einmal illustrieren, und zwar den Umgang mit Klimafolgen (vgl. Edenhofer et al. 2012). Erstens zeigt sich gegenwärtig auch in diesem Feld die Bedeutung der Menschenrechte als eines zentralen Instruments der politischen Bearbeitung – inklusive ihrer problematischen Implikationen (vgl. Calder/Mckinnon 2011; McGee/Steffek 2016; Caney 2010). In diesem Zusammenhang wird beispielsweise diskutiert, inwieweit Menschenrechte als Schwellenwert für eine liberal orientierte Klimapolitik interpretiert werden können (vgl. Reder/Köhler 2016) oder inwiefern die Bedrohung von Freiheits- und Eigentumsrechten durch Klimafolgen ein Problem für liberal begründete Institutionen darstellt. Zur Bekämpfung des Klimawandels ist zweitens, so die Meinung vieler Klimawissenschaftler*innen, eine Institutionalisierung notwendig, die aus der Perspektive Kants als Schritt zu einer friedvolleren (und damit nachhaltigeren) Welt gedeutet werden kann und die gleichzeitig Freiheitsrechte beschränkt. Dabei stellt sich drittens die Frage, wie der Liberalismus mit zukünftigen Generationen und deren Rechten umgeht. Auch die politische Gestaltung internationaler Handels- und Wirtschaftsbeziehungen (verstanden als liberale Form der Weltpolitik) kann als konträr zum Schutz vor Klimawandel angesehen werden (vgl. McGee/Taplin 2014). Viertens stellt sich die Frage, ob Zwang auf internationaler Ebene neu definiert werden muss. Ist dies der Fall, muss die Auffassung liberaler Verfechter*innen einer negativen Freiheit neu diskutiert werden. Denn der menschengemachte Klimawandel kann zu massiven Rechtsverletzungen ohne offensichtlichen Verursacher führen. Wie liberale Theorien auf diesen Zusammenhang antworten und welche Rolle die Menschenrechte dabei spielen, wird gegenwärtig intensiv diskutiert (vgl. etwa Caney 2010). Der Klimawandel ist damit ein Beispiel, an dem sich sowohl Potenziale als auch Ambivalenzen und Widersprüche des Liberalismus eindrücklich ablesen lassen.

3. Einordnung der Beiträge

Die knappe Skizze hat die Dialektik des Liberalismus, seine Versprechen und seine Verfehlungen theoretisch eingeordnet und politisch kontextualisiert. Vor diesem Hintergrund lassen sich die Beiträge des Themenheftes inhaltlich einordnen. *Philipp Schink* und *Andreas Niederberger* beschreiben in ihrem Artikel Wandlungen des Liberalismus und rekonstruieren, inwiefern die zunehmende Verbreitung des Liberalismus von den Ursprüngen seiner klassischen Prägungen bei John Locke und Adam Smith immer wieder in konfliktive Auseinandersetzungen mit republikanischen Denktraditionen geraten ist. Speziell in Liberalismus-Debatten der Gegenwart taucht dieser Konflikt wieder auf. Im Gegensatz zu der von unter anderem Philip Pettit vertretenen These, die von einer scharfen Gegenüberstellung des Liberalismus und Republikanismus ausgeht, zeigen die Autoren, wie schon bei John Stuart Mill Problemstellungen des Republikanismus so aufgegriffen wer-

den, dass spätestens ab dem 18. Jahrhundert der Liberalismus Anfragen des Republikanismus durch dialektische Verschränkungen von Freiheit und Freiheitseinschränkung aufgreift.

Katharina Kaufmann diskutiert in ihrem Beitrag die methodologische und konzeptuelle Kritik nicht-idealer und realistischer Theoriebildung an John Rawls' Gerechtigkeitstheorie mit Blick auf die Kontradiktion zwischen dem progressiven Kern des Liberalismus, dem ursprünglichen Versprechen der Freiheit aller und empirisch zu beobachtender, globaler Ungleichheit. Dabei werden anhand der Kritiken von Charles W. Mills und Bernard Williams die Konzeptualisierung von Macht und Konflikt sowie die Unfähigkeit der Darstellung von Ungerechtigkeit als die beiden zentralen Defizite der liberalen Theoriebildung nach Rawls identifiziert. Katharina Kaufmann argumentiert, dass Judith Shklars Liberalismus der Furcht die Integration dieser beiden Desiderate ermöglicht und damit die problematische Diskrepanz von liberaler Theorie und politischer Realität überbrückt. Die Autorin zeigt auf, dass es Shklars Theorie ermöglicht, den Fokus auf Ungerechtigkeit zu legen, so dass politischen Konflikten eine gerechtigkeitsproduktive Funktion zugewiesen wird und sie also als notwendiger Bestandteil des Umgangs mit Ungerechtigkeit verstanden werden. In dieser kontextualisierenden Konzeption wird gerade die Perspektive von Minderheiten zum zentralen Indikator für die Identifizierung von Ungerechtigkeiten, und die „Unvermeidlichkeit“ politischer Konflikte wird positiv gewendet, um den Liberalismus, der als Paradigma einer progressiven Politik unter Druck steht, zu verteidigen und Konflikt nicht als destabilisierende, sondern als gerechtigkeitsproduktive Funktion zu verstehen.

Stefan Matern zeigt in seinem Beitrag die Aktualität der Gedanken Hans Kelsens (1881–1973) im Licht der aktuellen Krise des Liberalismus. Mit dem in der Politikwissenschaft lange vergessenen Theoretiker illustriert er das Verhältnis zwischen Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in wechselseitiger Abhängigkeit sowie den kontingenten und paradoxen Funktionsmodus der liberalen, konstitutionellen Demokratie. Kelsens zunächst kritischer Liberalismus transzendiert dabei Isaiah Berlins klassische Unterscheidung zwischen negativer und positiver Freiheit und gelangt auf der Basis des Relativismus und damit des Pluralismus von Meinungen und Werten zur zentralen demokratischen Formel ‚Mehrheit statt Wahrheit‘, deren Gefahr in der Selbstpreisgabe der Demokratie besteht. Anhand dieses demokratischen Paradoxons stellt Matern Kelsen als Paradoxienmanager ersten Grades dar, mit dem sich die Annahme Luhmanns, dass die Beschreibung von Paradoxien die einzige Möglichkeit der Letztbegründung in der Moderne sei, entfalten lässt. Über das Paradoxon der Menschenrechte und die Gleichursprünglichkeit von Menschenrechten und Demokratie gelangt der Autor schließlich dazu, Kelsens Gedanken zum Erhalt der Demokratie in eine Linie mit dem berühmten Böckenförde-Diktum zu stellen, dass sich nämlich die stets fragile Demokratie um die Reproduktion ihrer eigenen normativen Ressourcen bemühen muss, über die sie aber nicht selbst verfügen kann. In dieser Lesart deutet sich bereits an, dass allein das demokratische Verfahren selbst diese Legitimationsressourcen schaffen kann.

Der Beitrag von *Nicolas Lippert* deutet die Dialektik des Liberalismus anhand der Unterscheidung zwischen liberaler politischer Theorie und deren praktischer Entfaltung in den kolonialen Siedlergesellschaften Kanadas und der USA. Den liberalen Versprechen von Freiheit, Individualismus und Pluralismus stehen hier die historischen und in Teilen nach wie vor bestehenden Verfehlungen des Eurozentrismus, des Rassismus und der Abwertung bereits existenter lokaler Kulturen und deren Geschichte gegenüber. Dieses Spannungsverhältnis zwischen den Potenzialen des Liberalismus und seiner Versprechen

und dem sowohl historischen als auch fortgesetzten Unrecht vermögen liberale Theorie und Praxis kaum aufzulösen: Aufgrund der innerstaatlich universell geltenden Menschen- und Bürgerrechte ergibt sich ein Entscheidungsdilemma im Fall kollidierender, aber zunächst gleichwertiger Rechtsansprüche verschiedener Individuen aus benachteiligten und privilegierten Gruppen. So können die stark rechts- und demokratieförmigen liberalen Ordnungen die auf historisch-fortgesetztem Unrecht basierenden Individualansprüche selten ohne Preisgabe anderer liberaler Ansprüche berücksichtigen. Dieser Widerspruch verwandelt das liberale Individualrechtsprinzip nolens volens zu einem konservativen Instrument und zeigt die Ambivalenzen auf, die sich in der heutigen Rechtspraxis postkolonialer Siedlergesellschaften liberaldemokratischer Prägung ergeben.

Marco Schendel diskutiert in seinem Text zur Religionsfreiheit die dialektischen Spannungen, welche der Religionsfreiheit als Menschenrecht inhärent sind. Denn einerseits kommt vielen Vertreter*innen eines politischen Liberalismus die Verkündung von Religionsfreiheit problemlos über die Lippen, aber just bei der Beurteilung konkreter juristischer Konfliktfälle gerät die Theorie in eine ihr selbst nicht immer einsichtig werdende Dialektik. Mit anderen Worten: Religionsfreiheit erweist sich unter der Perspektive systematischer Analyse als ein theoretisches Sorgenkind. Wie besonders angloamerikanische Debatten zeigen, stößt liberales Gedankengut in der Abwägung nach Außen verlagter innerer Überzeugungen an Widersprüche, wenn die Außenverlagerung des Inneren den öffentlichen Raum zum Raum andauernde Konflikte umzugestalten droht.

Schlussendlich widmet sich *Alexander Leipold* im abschließenden Beitrag einer kritischen Reflexion der liberalen Steuertheorie. Insbesondere geht er der Frage nach, warum vorherrschende Konzeptionen der Besteuerung einem neoliberalen Leitbild folgen. Dies hat unter anderem zur Folge, dass redistributive Besteuerungsziele in den Finanzwissenschaften wie in der Steuerpolitik keinen Platz mehr finden. Ein Ergebnis ist die Steuervermeidung, der zufolge Investor*innen und Berater*innen es dann auch Dank der zunehmenden Komplexität der Materie gelingt, letztere zum Vorteil ihrer eigenen Bereicherung auszunutzen. Leipolds Beitrag erläutert das Phänomen der Steuervermeidung als einen ideengeschichtlichen Wandel. Nach einem Aufriss zur Entwicklung der Finanzwissenschaft geht der Autor auf die Rekonzeptualisierung von Besteuerungsgrundsätzen in den 1970er Jahren durch die Steuerrechtswissenschaftler Klaus Tipke und Dieter Schneider ein. Im letzten Teil des Artikels hebt er deren Konzepte als Desiderate der zeitgenössischen politischen Steuertheorie hervor.

Die Beiträge zeigen, aus welcher unterschiedlichen Quellen sich liberale Theorie und Praxis speist und wie verschieden die dialektischen Spannungen sind, mit denen sie konfrontiert sind. Dabei spielen, so zeigen die Beiträge deutlich, vielfältige Fragekomplexe eine Rolle: Welche Art von Freiheit wird durch welche (weltpolitische) liberale Theorie befördert beziehungsweise reduziert? Welche Rolle spielt ein starker Pluralismus (wie durch den Liberalismus gefordert) mit Blick auf Kulturen und Religionen, die diesen Pluralismus nicht in gleicher Weise befördern? Hat eine demokratische Ordnungsstruktur (auf internationaler Ebene) einen Mehrwert oder wird damit eine bestimmte kulturelle Ordnungsvorstellung verabsolutiert und das Verständnis des Politischen auf globaler Ebene zu eng geführt? Viele Einwände münden in die kritische Frage, ob der Liberalismus selbst ein Versuch hegemonialer Stabilisierungen ist, der ideologische Züge trägt, weshalb sein Universalisierungsanspruch zu hinterfragen ist oder zumindest neu gefasst werden muss. Diese Dialektik genauer in den Blick zu nehmen und kritisch zu hinterfragen, ist Ziel des Themenhefts.

Literatur

- Agamben, Giorgio, 2004: *Ausnahmestand*, Frankfurt (Main).
- Badiou, Alain, 2010: *Ist Politik denkbar?*, Berlin.
- Beitz, Charles, 1997: *Political Theory and International Relations*, Princeton.
- Berlin, Isaiah, 1969: *Four Essays on Liberty*, Oxford.
- Bisley, Nick, 2012: *Great Powers in the Changing International Order*, Boulder.
- Böttger, Felix, 2014: *Postliberalismus: Zur Liberalismuskritik der politischen Philosophie der Gegenwart*, Frankfurt (Main).
- Calder, Gideon / Mckinnon, Catriona, 2011: Introduction: Climate Change and Liberal Priorities. In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 14 (2), 91–97.
- Caney, Simon, 2010: *Human Rights and Global Climate Change*. In: Roland Pierik / Walther Werner (Hg.), *Cosmopolitanism in Context: Perspectives from International Law and Political Theory*, Cambridge, 19–44.
- Cranston, Maurice, 1967: *Liberalism*. In: Paul Edwards (Hg.), *The Encyclopedia of Philosophy*, New York, 458–461.
- Crouch, Collin, 2015: *Postdemokratie*, Frankfurt (Main).
- Dhawan, Nikita, 2014: *Decolonizing Enlightenment: Transnational Justice, Human Rights and Democracy in a Postcolonial World*, Berlin.
- Edenhofer, Ottmar / Wallacher, Johannes / Lotze-Campen, Hermann / Reder, Michael / Knopf, Brigitte / Müller, Johannes, 2012 (Hg.): *Climate Change, Justice and Sustainability. Linking Climate and Development Policy*, New York / London.
- Finkelde, Dominik, 2017 (Hg.): *Badiou and the State*, Baden-Baden.
- Fischer, Karsten / Huhnholz, Sebastian, 2019: *Liberalismus heute. Zwischen Tradition und Selbstbehauptung*. In: Dies. (Hg.), *Liberalismus. Traditionsbestände und Gegenwartskontroversen*, Baden-Baden, 7–18.
- Gaus, Gerald F., 1996: *Justificatory Liberalism: An Essay on Epistemology and Political Theory*, New York.
- Gaus, Gerald F., 2011: *The Order of Public Reason: A Theory of Freedom and Morality in a Diverse and Bounded World*, Cambridge.
- Geis, Anna / Müller, Harald / Schörnig, Niklas, 2013 (Hg.): *The Militant Face of Democracy. Liberal Forces for Good*, Cambridge.
- Habermas, Jürgen, 2005: *Zwischen Naturalismus und Religion*, Frankfurt (Main).
- Hayek, Friedrich A., 1960: *The Constitution of Liberty*, Chicago.
- Höffe, Otfried, 1999: *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, München.
- Höntzsch, Frauke, 2020: *Krise der liberalen Demokratie? Nein! Krise des individualistischen Liberalismus*. In: *Neue Politische Literatur* 65, 255–277.
- Horn, Christoph, 1996: *Philosophische Argumente für einen Weltstaat*. In: *Allgemeine Zeitschrift für Philosophie* 21 (3), 229–253.
- Jahn, Beate, 2013: *Liberal Internationalism Theory, History, Practice*, Macmillan.
- Kant, Immanuel, 1977: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Frankfurt (Main).
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal, 2012: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, 4. Auflage, Wien.
- Lohmann, Georg, 1998: *Menschenrechte zwischen Moral und Recht*. In: Georg Lohmann / Stefan Gosepath (Hg.), *Philosophie der Menschenrechte*, Frankfurt (Main).
- Loick, Daniel, 2016: *Der Missbrauch des Eigentums*, Berlin.
- Lomasky, Loren E., 2007: *Liberalism Without Borders*. In: Frankel Paul Ellen / Fred Miller Jr. / Jeffrey Paul (Hg.), *Liberalism: Old and New*, New York, 206–233.
- Lutz-Bachmann, Matthias / Bohman, James, 1996 (Hg.): *Frieden durch Recht. Kants Friedensidee und das Problem einer neuen Weltordnung*, Frankfurt (Main).
- McGee, Jeffrey / Steffek, Jens, 2016: *The Copenhagen Turn in Global Climate Governance and the Contentious History of Differentiation*. In: *International Law, Journal of Environmental Law* 0, 1–27.
- McGee, Jeffrey / Taplin, Ros, 2014: *The Asia-Pacific Partnership and Market-Liberal Discourse*. In: *International Journal of Law in Context* 10 (3), 338–356.

- Merkel, Wolfgang, 2016: Democracies and Their Crises Reconsidered. In: *Democratic Theory* 3, 91–108.
- Mill, John Stuart, 1963: *Collected Works of John Stuart Mill*, Toronto.
- Mouffe, Chantal, 2015: *Über das politische Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt (Main).
- Nili, Shmuel, 2015: Who's Afraid of a World State? A Global Sovereign and the Statist-Cosmopolitan Debate. In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, 18 (3), 241–263.
- Nozick, Robert, 1974: *Anarchy, State and Utopia*, New York.
- Nussbaum, Martha, 2011: *Creating Capabilities*, Cambridge.
- Özmen, Elif, 2016: If you're a liberal, how come you're so poor? Liberalismus und soziale Gerechtigkeit. In: *INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 2, 43–49.
- Pfeifer, Hanna / Reder, Michael, 2016): Governance im Spannungsfeld von Frieden und Gerechtigkeit. In: Ines-Jacqueline Werkner / Klaus Ebeling (Hg.): *Handbuch Friedensethik*, Wiesbaden, 651–661.
- Rancière, Jacques, 2002: *Das Unvernehmen*, Frankfurt (Main).
- Rawls, John, 1999: *A Theory of Justice* (revised edition), Cambridge (MA).
- Reder, Michael / Köhler, Lukas, 2016: Human Rights as a Normative Guideline for Climate Policy. In: Markus Düwel / Günther Bos (Hg.), *Human Rights and Sustainability – Moral Responsibilities for the Future*, Oxford, 123–136.
- Reder, Michael, 2014: *Religion in säkularer Gesellschaft: Über die neue Aufmerksamkeit für Religion in der politischen Philosophie*, 2. Auflage, Freiburg.
- Reder, Michael, 2018: *Philosophie pluraler Gesellschaften. 18 umstrittene Felder der Sozialphilosophie*, Stuttgart.
- Russett, Bruce / Oneal, John, 2001: *Triangulating Peace. Democracy, Interdependence, and International Organizations*, New York.
- Sen, Amartya, 1999: *Development as Freedom*, New York.
- Sørensen, Georg, 2011: *A Liberal Order in Crisis: Choosing between Imposition and Restraint*, New York.
- Žižek, Slavoj / Douzinas, Costa / Badiou, Alain, 2012–2015 (Hg.): *Die Idee des Kommunismus* (3 Bd.), Hamburg.